

Kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation

1. Transitzonen einrichten

Zur Entlastung der Länder und Kommunen muss die Einrichtung sog. Transitzonen an den deutschen Außengrenzen vorangetrieben und müssen diese mit ausreichend Personal ausgestattet werden. In diesen Zonen kann bereits vor der Verteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber auf die Bundesländer geprüft werden, ob ein Asylantrag unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist. Liegt ein solcher Fall vor, können die entsprechenden Personen direkt aus den Transitzonen in ihre Heimatländer zurück geführt werden. Dies führt insgesamt dazu, dass weniger Antragsteller auf die Länder und in der Folge auf die Kommunen verteilt werden. Zudem trägt dieses Verfahren, dass sich bereits an internationalen Flughäfen bewährt, zur Beschleunigung der Verfahren bei. Für den Zeitraum der Prüfung ist es Antragstellern zumutbar, innerhalb dieser Zonen zu verbleiben.

2. Vorrang von Menschen mit Bleibeperspektive

Die Integration von Menschen mit guter Bleibeperspektive muss so früh wie möglich beginnen. Aus diesem Grund müssen die begrenzten Kapazitäten in den relevanten Bereichen vorrangig diesen Menschen zur Verfügung stehen.

Sollte sich die Situation weiter verschärfen, könnten auch über den Winter weitere Engpässe bei den Unterbringungskapazitäten entstehen, was zur Notwendigkeit der Schaffung provisorischer Einrichtungen, beispielsweise zur Unterbringung in Zelten, führen würde. Werden solche Einrichtungen vorübergehend erforderlich, sind diese vorrangig für die Unterbringung von Menschen ohne Bleibeperspektive zu nutzen. Weiterhin aufrechterhalten bleibt darüber hinaus die Forderung, dauerhafte, gesonderte Erstaufnahmeeinrichtungen für diesen Personenkreis zu schaffen.

35 **3. Personelle Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation in den**
36 **Bereichen Bildung und innere Sicherheit**

37

38 **a) Schaffung von zusätzlichen 480 Lehrerstellen**

39 Mit der Aufstockung wird den Anforderungen nach zusätzlichen Lehrerstellen, die
40 für die schulische Betreuung von Flüchtlingen erforderlich sind, Rechnung getragen.
41 Die Besetzung der Stellen mit ausreichend qualifizierten Lehrkräften stellt dabei
42 eine ebenso große Herausforderung dar, wie die erforderliche Gegenfinanzierung in
43 Höhe von 24 Mio. € jährlich.

44

45 **b) Schaffung eines Seiteneinsteigerprogramms für Lehrkräfte**

46 Das Lehrkräftebildungsgesetz sieht die Möglichkeit eines Seiteneinstiegs vor. Auf
47 dieser Grundlage muss zügig ein entsprechendes Programm aufgelegt werden. Die
48 Akquise von qualifizierten Lehrkräften würde damit deutlich erleichtert und die
49 Besetzung der 480 zusätzlichen Stellen als Zielgröße realistisch.

50

51 **c) Besondere psychologische und pädagogische Qualifizierung für Lehrkräfte**

52 Lehrkräfte, die in diesem Bereich eingesetzt werden sollen, müssen auf den
53 Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen vorbereitet und geschult werden, damit sie
54 den hiermit verbundenen, speziellen Anforderungen gerecht werden können.

56 **d) Nutzung vorhandenen Potenzials**

57 Vorhandene Qualifikationen müssen genutzt werden. Asylbewerber mit
58 Bleibeperspektive und entsprechender Qualifikation müssen in die geschaffenen
59 Programme aufgenommen und für die Unterrichtsversorgung eingesetzt werden.
60 Insbesondere im Hinblick auf die sprachliche Komponente muss das vorhandene
61 Potenzial genutzt werden.

63 **e) Schaffung von 100 zusätzlichen Anwärterstellen bei der Polizei ab Februar**
64 **2016**

65 Nach aktuellen Informationen sind rund 500 Polizeikräfte in der Bewältigung der
66 Flüchtlingssituation gebunden. Daher müssen die 400 von der Landesregierung
67 angekündigten Stellen um weitere 100 Stellen aufgestockt werden. Auf
68 Stellenstreichungen ist dauerhaft zu verzichten. Aufgrund der aktuellen Marktlage

im Bezug auf verfügbare Polizeikräfte erscheinen Anwärterstellen als sinnvollste Alternative. Verfügbare, ausgebildete Polizisten sind in jedem Fall einzustellen. Die Gegenfinanzierung würde rund 1,8 Mio. € jährlich erfordern.

f) Schaffung eines Spezialistenprogramms für Seiteneinsteiger bei der Polizei

Ein solches Spezialistenprogramm ist bereits in der Diskussion und würde die zügige Besetzung offener Stellen bei der Polizei trotz angespannter Marktlage begünstigen. Zudem kann ein solches Programm auch im Hinblick auf den zunehmend wachsenden Spezialistenbedarf bei der Polizei für Entlastung sorgen.

g) Schaffung eines Reaktivierungsprogramms für pensionierte Lehr- und Polizeikräfte

Um eine kurzfristige und qualifizierte Besetzung der neu geschaffenen Stellen zu gewährleisten, sollten auch bereits pensionierte Lehr- und Polizeikräfte auf freiwilliger Basis reaktiviert werden. Die hierfür erforderlichen gesetzlichen Grundlagen sind kurzfristig zu schaffen.

4. Vereinfachung von Bauvorschriften und flexible Handhabung von Standards

Vorgaben des Bauordnungsrechts, die nicht unmittelbar der Abwehr von Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit dienen, müssen überprüft und soweit möglich abgebaut werden. Dies gilt etwa für Vorgaben zur Barrierefreiheit oder zur Schaffung von Stellplätzen.

Mit Schreiben vom 24.08.2015 haben die Bundesministerien für Wirtschaft und Energie sowie für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit die Länder gebeten, ihre Vollzugspraxis im Hinblick auf bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation und die Möglichkeit von Ausnahmen von Regelungen des Energieeinsparrechts zu überprüfen. Dennoch herrscht in den Kommunen und Ämtern nach wie vor Unsicherheit über die entsprechende Anwendung. Das Land ist deshalb dazu aufgefordert, klare Handlungsempfehlungen zur Verfügung zu stellen und den Kommunen die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen von bestimmten Regelungen des Energieeinsparrechts abgewichen werden kann.

103 **5. Anreize für private Investoren schaffen**

104 Ohne die Beteiligung privater Investoren wird die Unterbringung und Versorgung von
105 Flüchtlingen dauerhaft nicht zu gewährleisten sein. Für private Investoren müssen daher
106 Anreize zur Investition in Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber geschaffen und
107 Investitionshemmnisse abgebaut werden. Ebenso müssen private Trägerschaften bei
108 Flüchtlingseinrichtungen verstärkt gefördert werden.

109
110 Hierzu müssen Vergabeverfahren beschleunigt und vereinfacht werden. Zudem ist zu
111 prüfen, welche Bereiche sich generell für eine private Trägerschaft eignen.

112
113 Im Hinblick auf die voraussichtlich steigende Zahl vorzunehmender Abschiebungen ist zu
114 prüfen, inwieweit bestimmte Aufgaben im Rahmen der logistischen Vorbereitung solcher
115 Maßnahmen durch Private durchgeführt werden können. Dies gilt z.B. im Hinblick auf die
116 Organisation von Reisemöglichkeiten, die Beschaffung von Reisedokumenten und die
117 Koordination von Abschiebungen zwischen verschiedenen zuständigen Behörden.

118